

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 19.08.2020 Öffentlichkeitsstatus öffentlich
Dezernat IV	Amt FB 40	

INFORMATION

I0282/20

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	25.08.2020	nicht öffentlich
Stadtrat	03.09.2020	öffentlich

Thema: Sofortausstattungsprogramm zum DigitalPakt Schule

Mit Schreiben vom 05.08.2020 hat die Verwaltung vom Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt einen Vertrag zur Verwendung der Finanzhilfen des Bundes gemäß dem Zusatz zur Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019-2024 („Sofortausstattungsprogramm“) und zur Verwendung der Landesmittel (Eigenanteil) erhalten.

Danach erhält die Landeshauptstadt Magdeburg als Schulträger der kommunalen Schulen insgesamt 1.440.358 EUR (dv. 1.296.323,00 Bundesmittel und 144.035,00 Landesmittel) für die Anschaffung von schulgebundenen mobilen Endgeräten, welche die Schulen leihweise Schüler*innen zur Verfügung stellen können, um die Rahmenbedingungen für den digitalen Fernunterricht zu verbessern und um aus Sicht der Schulen zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte beitragen zu können. Darüber hinaus können die Endgeräte auch in der Schule im Rahmen des Unterrichts verwendet werden.

Die Mittelverteilung ist grundsätzlich seitens des Landes in Bezug auf die Schülerzahlen ermittelt worden. Der Schulträger kann bei Verteilung auf die Schulen örtliche und soziale Gegebenheiten berücksichtigen.

Die Mittel sind bis zum 31.12.2020 zu binden. Eine Verausgabung der Mittel ist für das Jahr 2020 anzustreben. Die Mittel sind auch in das Jahr 2021 übertragbar. Eigenmittel der Stadt sind bei dem Sofortausstattungsprogramm nicht vorgesehen. Die Schulträger haben Kosten für Betrieb, Wartung und IT-Support zu übernehmen.

Die Ausschreibung soll Anfang September auf den Weg gebracht werden, damit die Endgeräte möglichst noch 2020 in den Schulen ankommen. Um möglichst viele und auch leistungsstarke Endgeräte für die Schulen zu erhalten, wird die Verwaltung eine Ausschreibung für gebrauchte Business-Laptops (Leasingrückläufer ohne Betriebssystem) auf den Markt bringen. Im Zuge der Ausschreibung soll vom wirtschaftlichsten Anbieter ein Linux basiertes Betriebssystem auf den Endgeräten installiert werden.

Die Anschaffung dieser Technik wird technologieoffen, erweiterungs- und anschlussfähig und datenschutzkonform sein und soll den Einsatz von Open Source-Modellen unterstützen.